

Chronik des Monats Oktober 2009

1.10. – Iran. Die fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat sowie Deutschland und die Europäische Union setzen in Genf die Gespräche mit dem Iran über sein umstrittenes Atomprogramm fort. EU-Repräsentant Solana erläutert ein Pilotprojekt: Iranisches Uran solle in russischen Anlagen von 3,5 auf knapp 20 Prozent angereichert, in Frankreich weiterverarbeitet und dann in den Iran zurückgebracht werden, um es für die Herstellung medizinischer Isotope zu nutzen. Die iranische Seite sagt eine Prüfung des Angebots zu, bekräftigt jedoch ihren Standpunkt, die Urananreicherung sei das souveräne Recht jedes Staates.

2.10. – Irland. In einem zweiten Referendum (Beteiligung 58 Prozent) stimmt die Bevölkerung mit 67,1 Prozent der Stimmen dem EU-Reformvertrag von Lissabon zu. Der Vertrag war bei einer ersten Volksabstimmung im Juni 2008 abgelehnt worden (vgl. „Blätter“, 8/2008, S. 126).

4.10. – Griechenland. Die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) kann die Parlamentswahl für sich entscheiden und damit die regierende Neue Demokratie (ND) ablösen. Pasok verfügt im neuen Parlament über 160 von 300 Mandaten. Der Pasok-Vorsitzende Georg Papandreou wird am 6.10. als Ministerpräsident und Außenminister vereidigt.

5.10. – Honduras. Der Chef der „Übergangsregierung“ Micheletti kündigt die Aufhebung der nach dem Putsch gegen das legale Staatsoberhaupt erlassenen Ausnahmemaßnahmen an. Zurzeit würden durch Vermittlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ernsthafte Gespräche mit dem gestürzten Präsidenten Zelaya vorbereitet, der sich weiterhin in der brasilianischen Botschaft in Tegucigalpa aufhält (vgl. „Blätter“, 9/2009, S. 125 und 11/2009, S. 126). Vertreter Zelayas und Michelettis unterzeichnen am 30.10. eine Vereinbarung über die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und Versöhnung noch vor dem geplanten Wahltermin (29. November d.J.).

7.10. – Italien. Das Verfassungsgericht annulliert das Gesetz über die strafrechtliche Immunität von Ministerpräsident Berlusconi als verfassungswidrig. Damit können zwei

Anklagen gegen den Regierungschef weiter verfolgt werden. Berlusconi richtet heftige Angriffe gegen das Gericht und bezieht in seine Attacke auch Staatspräsident Napolitano ein. Magistratur und Presse seien Bastionen einer subversiven Linken.

8.10. – UNO. Der Sicherheitsrat verlängert mit Resolution 1890 (2009) das Mandat für die „Beistandstruppe“ (International Security Assistance Force/ISAF) in Afghanistan ab Oktober d.J. um weitere zwölf Monate. Die „von der NATO wahrgenommene Führungsrolle und die Beiträge vieler Nationen zur ISAF“ werden ausdrücklich anerkannt. Der Rat sei entschlossen, „die vollständige Durchführung des Mandats der ISAF in Abstimmung mit der afghanischen Regierung sicher zu stellen“.

– **Tschechien.** Präsident Klaus stellt Bedingungen für seine Unterschrift unter das Ratifikationsgesetz zum Lissabon-Vertrag, der für Tschechien einen tiefen Einschnitt darstelle. Klaus verweist auf die Kompetenz des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg, Gesetze in den einzelnen Mitgliedstaaten auf ihre Übereinstimmung mit der EU-Grundrechte-Charta zu überprüfen. Tschechien verlange die Garantie, dass nach dem Inkrafttreten des Vertrages besitzrechtliche Ansprüche von Sudetendeutschen ausgeschlossen seien.

9.10. – Nobelpreis. Das norwegische Nobelpreiskomitee zeichnet US-Präsident Obama mit dem Friedensnobelpreis aus. Der Präsident habe mit seiner Vision einer atomwaffenfreien Welt und seiner Bereitschaft zu einem besseren Verhältnis mit der islamischen Welt zu einem neuen Klima in der Weltpolitik beigetragen. Die feierliche Preisverleihung findet am 10. Dezember d.J. in Oslo statt.

– **Naher Osten.** Israels Regierungschef Netanjahu lehnt gegenüber dem US-Sondergesandten Mitchell in Jerusalem erneut einen Siedlungsstopp in den besetzten Gebieten ab (vgl. „Blätter“, 11/2009, S. 126). Außenminister Lieberman erklärt, in den nächsten Jahren gebe es keine Chance für ein Friedensabkommen mit den Palästinensern. Wer etwas anderes sage, verstehe die Situation nicht. – Am 13.10. berichtet die

israelische Zeitung „Haaretz“, Mitchell habe in Kairo gegen die von Ägypten vorbereitete Vereinbarung zwischen Hamas und Fatah interveniert. Das Papier halte sich nicht an die Vorgaben des Nahost-Quartetts und untergrabe Friedensbemühungen zwischen Palästinensern und Israeli. – Am 21.10. beginnt das amerikanisch-israelische Luft-Abwehr-Manöver „Juniper Cobra“ zur Erprobung land- und seegestützter Raketen. – Am 23.10. setzt Palästinenserpräsident Abbas die Wahl zum Legislativrat und zur Präsidentschaft für Januar 2010 an. Ein Hamas-Sprecher nennt die Erlasse von Abbas illegitim und ungültig. Vor Wahlen müsse die Versöhnung stehen.

10.10. – Armenien/Türkei. Vertreter beider Staaten unterzeichnen in Zürich in Anwesenheit von US-Außenministerin Clinton und des russischen Außenministers Lawrow zwei Protokolle über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Öffnung der wegen des Konflikts um Nagorni-Karabach gesperrten Grenze. Anhaltende Meinungsverschiedenheiten über das Schicksal der osmanischen Armenier während des Ersten Weltkrieges soll eine gemeinsame Historikerkommission klären. Kritik an den Vereinbarungen kommt aus Aserbeidschan. Die Sicherheit des Landes sei gefährdet, wenn die Türkei die Grenzen zu Armenien öffne.

– **Polen.** Präsident Lech Kaczynski unterzeichnet in Warschau das Ratifikationsgesetz zum Vertrag von Lissabon. EU-Ratspräsident Reinfeldt und Kommissionspräsident Barroso nehmen an der Zeremonie teil. Kaczynski setzt sich für die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die Europäische Union ein.

13.10. – Russland/USA. Außenminister Lawrow und Außenministerin Clinton erörtern in Moskau internationale und bilaterale Fragen, darunter die amerikanischen Pläne für eine mobile Raketenabwehr in Europa (vgl. „Blätter“, 11/2009, S. 126). Zum iranischen Nuklearprogramm meint Lawrow, vor weiteren Sanktionen seien noch viele Möglichkeiten auszuschöpfen. Für Clinton, die auch von Präsident Medwedjew empfangen wird, ist es der erste Besuch als Außenministerin in der russischen Hauptstadt.

14.10. – Türkei/Irak/Iran. Der türkische Regierungschef Erdogan kommt in Begleitung von neun seiner Kabinettskollegen im Rahmen des strategischen Kooperationsrates

nach Bagdad und spricht vom Ziel einer regionalen Wirtschaftsunion, die auf lange Sicht ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung des Nahen Ostens sein könne. – Vom 27.-28.10. vereinbart Erdogan in Teheran mit Präsident Ahmadinedschad die Intensivierung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Energie und bei der Bekämpfung des Terrorismus. Erdogan, der Ahmadinedschad in einem Interview mit der britischen Zeitung „The Guardian“ seinen Freund genannt hatte, verteidigt das Recht des Irans auf ein ziviles Atomprogramm. Die Türkei suche gute Beziehungen mit allen Ländern in der Region.

19.10. – Afghanistan. Die Beschwerdekommision erklärt Hunderttausende der nach der Präsidentschaftswahl Karzai zugeteilten Stimmen für ungültig (vgl. „Blätter“, 11/2009, S. 125). Der amtierende Präsident habe nicht 54,6 Prozent, sondern nur 49,7 Prozent erhalten und das im ersten Durchgang erforderliche Quorum verfehlt. Eine Stichwahl zwischen Karzai und dem ehemaligen Außenminister Abdullah wird für den 7. November d.J. angesetzt. – Am 27.10. verüben als Polizisten verkleidete Attentäter während des Aufenthalts von US-Außenministerin Clinton in Kabul einen Sprengstoffanschlag auf ein Gästehaus der Vereinten Nationen und richten ein Blutbad an. Zeitgleich gehen zwei Raketen auf ein Luxushotel in der Hauptstadt nieder.

20.10. – Nikaragua. Der Oberste Gerichtshof lässt den amtierenden Staatspräsidenten Daniel Ortega als Kandidat für die 2011 anstehende Wahl zu. In Berichten heißt es, das Urteil komme einer faktischen Änderung der Verfassung gleich, die die sofortige Wiederwahl eines Amtsinhabers verbiete.

21.10. – USA. Außenministerin Clinton skizziert vor dem Institute of Peace in Washington die Atompolitik Präsident Obamas. Das vorgegebene Ziel einer atomwaffenfreien Welt sei nicht Ausfluss eines „Idealismus mit Sternchen in den Augen“, sondern des Bemühens Amerikas, Verantwortung zu übernehmen. Um die Verbreitung von Atomwaffen und deren Erwerb durch Terroristen zu verhindern, sei es entscheidend, die nuklearen Ambitionen Nordkoreas und des Iran zu unterbinden. Die USA seien daran interessiert, mit Russland rechtzeitig einen Ersatz für das Anfang Dezember d.J. auslaufende Abkommen über die Reduzierung stra-

tegischer Waffen (START) von 1991 auszuhandeln. – Am 30.10. berät Obama mit den Spitzen der Streitkräfte über den künftigen Kurs in Afghanistan.

21.-23.10. – Osteuropa. Die Regierungen Polens (21.10.), Rumäniens (22.10.) und Tschechiens (23.10.) kündigen an, ihre Länder wollten sich an dem geplanten mobilen Raketenabwehr-System der USA in Europa beteiligen (vgl. „Blätter“, 11/2009, S. 126).

23.10. – NATO. Die Verteidigungsminister der Allianz nehmen auf einem Treffen in der slowakischen Hauptstadt Bratislava eine Lagebeurteilung ihres militärischen Engagements in Afghanistan vor. Der US-Oberkommandierende General McChrystal begründet seine Forderung nach einer Verstärkung der ausländischen Truppen um 40 000 Mann. Afghanistan selbst brauche künftig eine Armee von 240 000 Mann und ein Polizeikorps von 160 000 Angehörigen. – Am 28.10. geht in Berlin der Untersuchungsbericht über den von einem Bundeswehroberst angeforderten Luftangriff in Afghanistan ein, der auch zivile Opfer gefordert hatte (vgl. „Blätter“, 11/2009, S. 125). Das Dokument ist geheim, umlaufende Informationen über den Inhalt sind widersprüchlich.

25.10. – Irak. Im Zentrum der Hauptstadt Bagdad explodieren zwei Autobomben mit verheerender Wirkung. Nach Angaben des Innenministeriums fordern die Anschläge über 130 Tote und mehr als 500 Verletzte.

27.10. – Bundestag/Bundesregierung. Im Berliner Reichstagsgebäude konstituiert sich der 17. Deutsche Bundestag (zur Wahl vgl. „Blätter“, 11/2009, S. 126f.). Alterspräsident ist der CSU-Abgeordnete Heinz Riesenhuber, Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) wird im Amt bestätigt. Das Parlament wählt am 28.10. Angela Merkel (CDU) mit 323 von 612 abgegebenen Stimmen bei 285 Gegenstimmen und vier Enthaltungen erneut zur Bundeskanzlerin. Zehn Abgeordnete bleiben der Abstimmung fern. Die künftige Koalition aus Christdemokraten und Freien Demokraten verfügt über 332 Stimmen. Dem neuen Kabinett, das von Bundespräsident Köhler die Ernennungsurkunden erhält, gehören mit der Bundeskanzlerin acht Vertreter der CDU, drei der CSU und fünf der FDP an. Vizekanzler und Bundesaußenminister ist der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle. Der späte Termin für die Abgabe der Regierungs-

erklärung (10. November d.J.) stößt bei der Opposition auf Kritik. Nach der Teilnahme am EU-Gipfel in Brüssel (29.-30.10.) macht Westerwelle seinen ersten Antrittsbesuch am 31.10. Warschau.

– **Schleswig-Holstein.** Nach einer vorgezogenen Landtagswahl (vgl. „Blätter“, 9/2009, S. 126 und 11/2009, S. 127) kommt es zur Bildung einer Koalition von CDU und FDP. Der Landtag wählt in Kiel Peter Harry Carstensen (CDU) mit 50 gegen 45 Stimmen für eine weitere Legislaturperiode zum Ministerpräsidenten; die künftige Koalition verfügt über 49 Stimmen. Stellvertretender Ministerpräsident wird der Minister für Arbeit und Soziales Heiner Garg (FDP).

29.-30.10. – EU. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs befasst sich in Brüssel mit „Leitlinien für die Position der EU zur internationalen Finanzierung des Klimaschutzes“, mit dem Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) sowie mit Personalfragen für die Zeit nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages. Der Rat einigt sich darauf, die Ausnahmeregelung für Großbritannien und Polen bei der Anwendung der „Charta der Grundrechte“ auf die Tschechische Republik auszudehnen; die Charta ist Teil des Vertrages.

30.10. – Thüringen. Das Landesparlament in Erfurt wählt die bisherige Sozialministerin Christine Lieberknecht (CDU) zur Ministerpräsidentin und Nachfolgerin von Dieter Althaus (CDU), der nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Landtagswahlen (vgl. „Blätter“, 10/2009, S. 127) zurückgetreten war. Obwohl die künftige Koalition von CDU und SPD über 48 von 88 Parlamentsmandaten verfügt, erhält Lieberknecht erst im dritten Wahlgang eine Mehrheit von 55 Stimmen; Bodo Ramelow (Die Linke), der im dritten Wahlgang überraschend als Gegenkandidat antritt, erhält 27 Stimmen. Der SPD-Landesvorsitzende Christoph Matschie wird stellvertretender Ministerpräsident und Kultusminister.

– **Kolumbien/USA.** Vertreter beider Staaten unterzeichnen in Bogota ein in Lateinamerika umstrittenes Abkommen, das dem US-Militär erlaubt, für zunächst zehn Jahre mehrere Stützpunkte gemeinsam mit den kolumbianischen Streitkräften zu nutzen. Ecuador hatte einen entsprechenden Vertrag mit den USA nicht erneuert.

Zurückgeblättert...

Vor 50 Jahren forderte Robert Scholl, der Vater der Geschwister Scholl und langjährige Mitherausgeber der „Blätter“, eine „Abkehr vom Kalten Krieg“ – ein Gedanke, der später durch die Brandtsche Ostpolitik verwirklicht werden sollte („Blätter“, 12/1959, S. 1011-1015).

Den Text finden Sie – wie gewohnt – auf www.blaetter.de.

Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen als Monatszeitschrift.

Verlag:	Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Berlin, Torstraße 178, 10115 Berlin; Postfach 540246, 10042 Berlin Amtsgericht Berlin Charlottenburg HRB 105991 B Finanzamt für Körperschaften II, Berlin St.-Nr. 37/239/21010
Gesellschafter:	Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg
Geschäftsführerin:	Annett Mängel, Telefon 030/30 88 - 36 43, Fax 030/30 88 - 36 45
Bankverbindung:	Postbank Köln (BLZ 370 100 50), Kto. 147 993-502 IBAN: DE543701 0050 0147 9935 02
Vertrieb:	Berit Lange-Miemiec, Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 54 02 46, 10042 Berlin Telefon 030/30 88 36 44, Fax 030/30 88 - 36 45 E-Mail: abo@blaetter.de , Internet: www.blaetter.de
Redaktion:	Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg
Anschrift:	Torstraße 178, 10 115 Berlin; Postfach 54 02 46, 10 042 Berlin Telefon 030/30 88 - 36 40 (Zentrale), - 36 41 (Scharenberg), - 36 42 (v. Lucke), - 36 43 (Mängel), - 36 44 (Leisegang) Fax 030/30 88 - 36 45, E-Mail: redaktion@blaetter.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Disketten, Bücher etc. keine Gewähr. Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Auflage:	8 000
Anzeigen:	Telefon 030/30 88 - 36 44. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 19
Layout und Satz:	Tinbrain, Berlin
Druck:	Moeker Merkur Druck, Köln

An dieser Ausgabe wirkten als Praktikanten Sebastian Dörfler und Sebastian Koeppen mit.

Blätter-Gesellschaft: Die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V., vormals abgekürzt „Blätter-Förderverein“, gibt in Verbindung mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift die Blätter für deutsche und internationale Politik heraus. Ihr stehen Prof. Dr. h.c. Karlheinz Koppe, Dr. Corinna Hauswedell und Dr. Wolfgang Zellner vor. Die „Blätter“ erscheinen zugleich als Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft. Beiträge – ab 10 Euro monatlich – und Spenden sind steuerabzugsfähig. Sitz: Bonn, Wurzerstr. 136, 53 175 Bonn; Außenstelle Berlin: Postfach 54 02 46, 10042 Berlin. Bankverbindung: SEB Bonn (BLZ 380 101 11), Kto. 1028 171 700.

Preise: Einzelheft 9,00 Euro, im Abonnement jährlich 75,60 Euro (ermäßigt 58,20 Euro). Alle Preise inklusive Versandkosten. Auslandszuschläge auf Anfrage. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums beim Verlag schriftlich gekündigt wurde.

Das Register des laufenden Jahrgangs erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 1/2010 wird am 19.12.2009 ausgeliefert.

© Blätter für deutsche und internationale Politik. ISSN 0006-4416. G 1800 E